

**Informationen nach
Art. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)
i. V. m.**

§ 31 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG):

Im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten sind wir nach den o. g. Vorschrift verpflichtet, Ihnen als betroffene Person nachfolgenden Informationen zu erteilen:

Verantwortlich für die Datenerhebung:

Magistrat der Stadt Marburg, Fachdienst - Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Software-Center 5a, 35037 Marburg
Tel.: 06421/201-1936, Email: klimaschutz@marburg-stadt.de

Behördliche Datenschutzbeauftragte:

Datenschutzbeauftragte
Frau Claudia Scheidemann
Am Grün 18, 35037 Marburg
Tel.: 06421/201-1092, Email: datenschutzbeauftragte@marburg-stadt.de

Aufsichtsbehörde

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
Tel.: 0611/1408-0, Email: poststelle@datenschutz.hessen.de

Zweck der Datenerhebung:

Im Rahmen des Marburger Klima-Aktionsplans 2030 wurde die Schaffung eines Klimafonds für Bürger*innen (Nachbarschaftsprojekte im Klimaschutz) beschlossen.

Rechtsgrundlage für die Datenerhebung-und verarbeitung:

Rechtsgrundlage ist der Stadtverordnetenbeschluss VO/7430/2020 in Verbindung mit dem Magistratsbeschluss vom 21.09.2020 zur Richtlinie Nachbarschaftsprojekte im Klimaschutz.

Übertragung der Daten an Dritte:

Eine Übertragung von Daten an unberechtigte Dritte ist nicht vorgesehen.

Dauer der Speicherung

5 Jahre

Rechte der Betroffenen

Bei der Erhebung personenbezogener Daten stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft - Art. 15 DS-GVO i. V. m. § 33 HDSIG

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn/sie betreffenden Daten.

Recht auf Berichtigung oder Löschung - Art. 16 und 17 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG

Das Recht auf Berichtigung und Löschung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, unrichtige Daten korrigieren oder Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen, wenn die ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, eine weitere Verarbeitung der ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verhindern, sofern eine Löschung nicht möglich ist oder einen unverhältnismäßig großen Aufwand erfordern würde

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DS-GVO i. V. m. § 35 HDSIG

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde – Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 13 HDSIG

Betroffene haben das Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde.